



# DStGB

Deutscher Städte-  
und Gemeindebund

## Pressemitteilung

Bonn, 05.12.2005

### **Demokratie beginnt an der Basis!**

### **Entwicklungszusammenarbeit muss bei den Kommunen ansetzen!**

"Das System der deutschen kommunalen Selbstverwaltung könnte geradezu ein Exportschlager der freiheitlichen Demokratien sein. Städtepartnerschaften sind eine gute Möglichkeit, wichtige Impulse für den Aufbau stabiler demokratischer Strukturen weltweit zu geben und die Entwicklungszusammenarbeit voran zu bringen", sagten bei der Sitzung des Fachausschusses für Europa und Internationales des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in Bonn, **Günter Thum**, Ausschussvorsitzender und **Dr. Gerd Landsberg**, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB).

Hintergrund ist ein vom Deutschen Städte- und Gemeindebund vorgelegtes Papier „*Kommunen – Unverzichtbare Partner in der Entwicklungszusammenarbeit*“. Knapp ein Jahr nach der verheerenden Tsunami-Katastrophe im Indischen Ozean wird damit das Potential der kommunalen Ebene bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit bekräftigt. Seinerzeit hatten sich alleine aus Deutschland weit über 1.000 kommunale Initiativen mit der Bereitschaft gemeldet, in den Katastrophenregionen zu helfen.

"Der Aufbau Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg wäre ohne starke und handlungsfähige Kommunen nicht möglich gewesen", so Landsberg und Thum weiter. "Das Land lag in Schutt und Asche, es gab weder demokratische Traditionen, noch handlungsfähige politische Parteien. Die Städte und Gemeinden waren der Ausgangspunkt für den Aufbau. Dort wurde die Organisation des Lebensnotwendigen in die Hand genommen. Die entstehenden Selbstverwaltungsstrukturen waren die Keimzelle für den Siegeszug der Demokratie in Deutschland in der Nachkriegszeit! Daraus sollten wir lernen für die globalen Entwicklungsprozesse!"

Dezentrale Selbstverwaltungsstrukturen leisten weltweit einen wichtigen Beitrag für stabile demokratische Systeme. Bei den Diktaturen der

Vergangenheit und Gegenwart waren es zuerst die frei regierten Rathäuser, die vom Regime angegriffen und besetzt wurden. Häufig waren es gerade diese Rathäuser, aus denen heraus der Widerstand initiiert und organisiert wurde.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert die Bundesregierung dazu auf, in ihrer Außenpolitik stets auch die kommunale Ebene zu berücksichtigen und zu beteiligen. Er appelliert an die Bundesregierung und an die EU, bei Ihrer Entwicklungspolitik einen deutlichen Schwerpunkt beim Aufbau lokaler und regionaler Strukturen in den Entwicklungsländern zu setzen und die Entwicklungszusammenarbeit der Kommunen nachhaltig zu fördern.

Umgekehrt ist der Deutsche Städte- und Gemeindebund dazu bereit, die Bundesregierung und die EU dabei zu unterstützen, so dass die guten Erfahrungen mit der kommunalen Selbstverwaltung auch im Rahmen von Entwicklungspartnerschaften und beim Aufbau kommunaler Strukturen der Entwicklungsländer genutzt werden können.

Weitere Informationen unter:

[www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)  
[www.partnerschaftsinitiative.de](http://www.partnerschaftsinitiative.de)  
[www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de)

(Anhang:  
DStGB-Papier „Kommunen – Unverzichtbare Partner in der Entwicklungszusammenarbeit“)

ViSdP:  
Dr. Gerd Landsberg  
Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
Deutscher Städte- und Gemeindebund  
Marienstr. 6  
12207 Berlin  
Tel. 030-77307-221  
Fax 030-77307-222  
[dstgb@dstgb.de](mailto:dstgb@dstgb.de)

## **Kommunen – Unverzichtbare Partner in der Entwicklungszusammenarbeit**

### **1) Kommunen sind unverzichtbare Partner in der Entwicklungszusammenarbeit**

Kommunen sind zunehmend von Prozessen der Globalisierung betroffen und somit auch in wachsendem Maße wichtig für die Gestaltung dieser Prozesse. Im Rahmen von internationalen Entwicklungspartnerschaften besitzen sie einen eigenen Gestaltungsspielraum auf politischem, sozialem, ökologischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet. Sie sind daher ein zentraler Erfahrungsträger für Praxis erprobte und flexible Lösungsansätze vor Ort. Gleichzeitig garantiert die kommunale Ebene ein hohes Maß an Beteiligungsmöglichkeiten für die Bevölkerung. Leistungsfähige kommunale Selbstverwaltungsstrukturen sind daher weltweit Garant und Grundlage für stabile demokratische Systeme. Daher können Kommunen einen wichtigen komplementären Beitrag zur staatlichen Entwicklungszusammenarbeit leisten.

Dies wird zunehmend auch im Rahmen der Vereinten Nationen praktiziert. Deren Generalsekretär Kofi Annan wünscht eine stärkere Einbindung der kommunalen Ebene in Entscheidungsprozesse auf der globalen Ebene. Die UNO hat erst jüngst einen Beirat der Kommunen eingerichtet, in dem auch ein deutscher Kommunalpolitiker mitwirkt. Die Völkergemeinschaft hat mit der „Lokalen Agenda 21“ einen Prozess in Gang gebracht, der weltweit von tausenden Kommunen getragen wird. Auch die Europäische Kommission fordert in ihrer jüngsten Gemeinsamen Erklärung zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union einen weltweiten Trend zur Dezentralisierung und macht deutlich, dass die kommunalen Gebietskörperschaften als ein grundlegender Akteur einer erfolgreichen Entwicklungspolitik gesehen werden müssen.

## **2) Aus Patenschaften werden Projektpartnerschaften**

Die Wege in ein kommunales entwicklungspolitisches Engagement sind vielfältig. Zumeist finden sich die Akteure über persönliche Begegnungen oder ein kurzfristiges Hilfsansinnen zusammen, wie im Falle der Tsunami-Flutkatastrophe in Süd- und Südostasien geschehen, nach der rund 1350 Angebote zur Nothilfe und langfristigem Wiederaufbau bei der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/Partnerschaftsinitiative registriert wurden. Doch um für alle beteiligten Seiten einen nachhaltigen Nutzen zu erreichen, darf nicht das Modell der nur für kurze Zeit angelegten und einseitigen Patenschaften vorherrschen. Partnerschaften zeichnen sich aus, indem sie als permanente Zusammenarbeit mit konkretem Projektbezug verstanden werden. Der wertvolle und nutzbringende Erfahrungsaustausch fließt dabei in beide Richtungen. Gute Beispiele zeigen, dass Kontinuität und langfristig angelegte Planung in bereits bestehenden Partnerschaften auch Phasen mit Schwierigkeiten, z.B. politische Wechsel, überbrücken können.

## **3) Die Ausgestaltung kommunaler Zusammenarbeit hat eine Weiterentwicklung erfahren**

Kommunale Entwicklungspartnerschaften haben sich in den letzten Jahren zunehmend Projektpartnerschaften mit konkreten Zielvereinbarungen sowie die Ausgestaltung in Netzwerken in den Vordergrund gestellt. Auch Fragen der Evaluierung, Qualitätsorientierung und des gemeinsamen Projektmanagements der internationalen kommunalen Partnerschaften wurden als wichtige Grundlagen erkannt. Dies wird auch erreicht, indem mit weiteren Partnern kooperiert wird, z.B. professionellen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit. Damit wird ein wertvoller Erfahrungsgewinn bei allen Beteiligten erreicht.

#### **4) Kommunale Partnerschaften profitieren von kontinuierlicher medialer Begleitung**

Kontinuierliche Unterstützung durch die lokalen und regionalen Medien fördert den Erfolg von Entwicklungspartnerschaften auf verschiedene Art und Weise. Zum einen lässt sich durch die Darstellung des internationalen Engagements der Kommune ein deutlicher Imagegewinn für die gesamte Gemeinde erzielen, daher können Entwicklungspartnerschaften auch ein fester Bestandteil der lokalen Identität und des Stadtmarketings sein. Durch begleitende Berichterstattung erhält die Projektpartnerschaft ein hohes Maß an Transparenz und damit auch Rückbindung an die Bürgerschaft. Das Wissen über andere Gesellschaften und entwicklungspolitische Inhalte wächst an. Gleichsam werden in diesem Feld Potentiale des bürgerschaftlichen Engagements nutzbar gemacht.

#### **5) Zugang zu finanziellen Mitteln im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ist stark begrenzt**

Kommunale Potentiale zur Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit werden bisher zu wenig von Bund und Ländern genutzt. Dies zeigt sich auch in finanzieller Hinsicht: Kommunen können, im Gegensatz zu den Nichtregierungsorganisationen, keine Förderung aus Mitteln der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beantragen. Gleichzeitig profitieren sie nicht in dem Maße von den bestehenden Mitteln, dass ein kommunales Engagement in der internationalen Zusammenarbeit flächendeckend und dem eigentlichen Potential entsprechend möglich gemacht werden würde. Möglichkeiten der Förderung durch die EU bestehen, jedoch ist der Zugang auf wenige beschränkt, welche die Ressourcen für die aufwendige Antragsprozedur aufbringen können. Der Ausbau von kommunalen Entwicklungspartnerschaften benötigt daher Fördermöglichkeiten, die von Kommunen aller Größenklassen möglichst unbürokratisch in Anspruch genommen werden können.-

## **6) Kommunale Zusammenarbeit fördert ein breites Bündnis vor Ort**

Eine zentrale Bedeutung kommunaler Entwicklungspartnerschaften liegt in der Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements und in der Schaffung eines breiten Bündnisses verschiedener Akteure. Hierfür besitzen insbesondere Partnerschaften im internationalen Umfeld ein hohes Potential.

Dies umfasst nicht nur kommunale Politik und Verwaltung, sondern auch die Zivilgesellschaft, die Medien, die Wirtschaft, Bildungseinrichtungen, Kirchen und Gewerkschaften. Insbesondere können diese Partnerschaften das Engagement der Migrantinnen und Migranten in der Gemeinde fördern und somit zu ihrer Integration und dem sozialen Frieden in der Gemeinde beitragen. Internationales Engagement kann daher ein wichtiger Baustein kommunaler Integrationspolitik sein. Kommunale Entwicklungspartnerschaften sind keine Einbahnstraße. Sie dienen der gegenseitigen Öffnung und dem gegenseitigen Austausch. Durch Begegnungen und Zusammenarbeit werden der gesellschaftliche Zusammenhalt, Toleranz und interkulturelle Kompetenz in den Kommunen gefördert.

Die Problemlösungskompetenz der kommunalen Mitarbeiter erfährt durch die Konfrontation mit anderen Ländern und Problemstellungen eine Erweiterung und Ergänzung. So können kommunale Entwicklungspartnerschaften auch als eine gewinnbringende Methode der Personalentwicklung betrachtet werden.

## **7) Kommunale Zusammenarbeit profitiert von fachlicher Begleitung**

Kommunale Entwicklungspartnerschaften profitieren von der Begleitung durch in der Entwicklungszusammenarbeit erfahrene Organisationen oder Einzelpersonen. Diese Kooperationen steigern die Qualität des Prozesses und geben gleichsam neue Perspektiven, insbesondere in der Frage der Finanzierung des kommunalen Engagements in Entwicklungspartnerschaften. Mögliche Partner stellen hier staatliche Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit dar, wie z.B. die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit – gtz ([www.gtz.de](http://www.gtz.de)), die Internationale Wei-

terbildung und Entwicklung gGmbH – InWEnt ([www.inwent.org](http://www.inwent.org)) oder der Deutsche Entwicklungsdienst – DED ([www.ded.de](http://www.ded.de)). Gleichsam kann mit nichtsstaatlichen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit kooperiert werden, beispielsweise mit den politischen Stiftungen (z.B. Friedrich-Ebert-Stiftung – FES ([www.fes.de](http://www.fes.de)), Konrad-Adenauer-Stiftung – KAS ([www.kas.de](http://www.kas.de)), Heinrich-Böll-Stiftung – HBS ([www.boell.de](http://www.boell.de)), Friedrich-Naumann-Stiftung ([www.fnst.de](http://www.fnst.de)), Hanns-Seidel-Stiftung ([www.hss.de](http://www.hss.de)) u.a.), Nichtregierungsorganisationen oder Eine-Welt-Netzwerken.

Vor allem die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt – SKEW ([www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de)) bei InWEnt bietet ein breites Spektrum an Beratung und Material zur Begleitung kommunalem Engagements im Bereich der internationalen Zusammenarbeit.